

ENDSTATION SEHNSUCHT

ZUR SITUATION DER FRAUENBEWEGUNG IN OSTDEUTSCHLAND

An Hand von Forderungspapieren aus der Zeit von 1987 (also "tiefster" DDR-Zeit) bis 1990 (also höchste Wendezeit) habe ich versucht, deutlich zu machen, daß sich die Forderungen von Frauen zwar in ihrem Inhalt, nicht jedoch hinsichtlich ihrer Adressaten geändert haben.

Waren in der DDR die erhobenen Forderungen sehr konkret formuliert und teilweise sogar durch machbare Vorschläge zu ihrer Umsetzung ergänzt, so verloren sich die Forderungen aus dem kurzen Herbst der Utopie in Traumwelten. Es wurden plötzlich Gesellschaftsutopien zu Papier gebracht, wobei keine Zeit blieb, die Umsetzbarkeit dieser Ideen und Modelle zu denken geschweige denn zu prüfen. Der Herbst der Utopie erstreckte sich für mich etwa zwischen dem 7. Oktober, als die Proteste der BürgerInnen erstmals unübersehbar wurden, und dem 7. Dezember 1989, als der zentrale Runde Tisch das erste Mal tagte. Mit der Konstituierung des Zentralen Runden Tisches dämmerte nämlich die Erkenntnis, daß die Zeit der Sachdiskussionen vorbei ist und die Zeit der Formaldiskussionen beginnt. Das Ende der Utopien ließe sich auch auf den 23. November 1989 festlegen, den Tag, an dem Kohl sein 10-Punkte-Programm mit dem Ziel: Deutsche Einheit vorstellte.

Nach der Utopie begann die Wende und mit der Wende die Zeit der Re-Aktion. Auch die Frauenbewegung geriet immer mehr in den Sog einer fremden Politik und hatte zu reagieren. Themen wurden von außen gesetzt und mit zunehmender Ohnmacht, Wut und Verzweiflung bearbeitet. Dauerthemen des im Dezember 1989 als politische Stimme der DDR-Frauen gegründeten Unabhängigen Frauenverbandes UFV waren der Erhalt von Kindergartenplätzen und natürlich die Abschaffung des §218. Doch begriffen die Frauen allmählich, daß es hier nicht um den Austausch von Sachargumenten ging, sondern um schlichtes Aussitzen. Nach 2 Jahren des Demonstrierens und Unterschriftensammelns für den Erhalt der Fristenlösung waren die Frauen müde. In diesen schwächer werdenden Widerstand hinein wurde das Beratungsgesetz beschlossen, genau von der Instanz, an die Frauen seit jeher ihre feministischen Forderungen stellten, vom Staat, von der Jurisdiktion.

Und hier liegt der Hase im Pfeffer: Sowohl die Frauen in der DDR als auch die bundesdeutschen Frauen in Ost und West erwarten genau von dem patriarchalen Staat, den sie bekämpfen, daß er ihre feministischen Forderungen in die Tat umsetzt. Doch darauf werden wir Frauen lange warten können. Wenn wir nicht endlich anfangen, unsere eigene Exekutive zu schaffen, wird die Frauenbewegung in die Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Doch noch etwas fehlt, um die Politikmüdigkeit der Ex-DDR-Frauen und der Altfeministinnen der Bundesrepublik aufzuheben. Die Frauenbewegung zerbröckelt im Kampf gegen die Windmühlenflügel der großen Politik. Ich behaupte, es liegt daran, daß es kein verbindendes Thema, keine Utopie mehr gibt. Jede Gruppe besteht auf ihrer Weltsicht und ihrer speziellen Problemlage und fordert Schonung für sich. Jede diskriminierte Gruppe fordert Sonderrechte in dieser sie diskriminierenden Gesellschaft. Keine Forderung, ja kaum ein Gedanke geht über die bestehende Ordnung hinaus. Was uns jedoch fehlt, als übergreifendes Thema, als konkretes Ziel für konkretes Handeln, ist eine feministische Wirtschaftstheorie, eine weibliche Ökonomie. Ein solches Modell hier auszuführen, dafür reicht die Zeit nicht. Kern einer solchen Theorie muß jedoch die strukturelle Gleichwertigkeit der sogenannten einfachen reproduktiven Arbeit, wie Haushalt, Kinderbetreuung und -erziehung neben der erweiterten reproduktiven (also Mehrwert schaffenden) Arbeit sein. Die reproduktive Arbeit wird bekanntlich von Frauen geleistet. Wir kennen die Zahlen: Frauen leisten weltweit 90% der Arbeit für 10 % des Lohns. Dies ist ein wirtschaftstheoretisches und geldstrukturelles Problem, das es zu lösen gilt, wenn Frauen ihre Gleichwertigkeit in der Gesellschaft wirklich durchsetzen wollen.

Das derzeitige einzige übergreifende Thema in der Frauenbewegung ist sexueller Mißbrauch bzw. Vergewaltigung. Doch auch hier verharren Frauen in der Bittposition, bitten den Staat um Finanzierung von psychologischer Betreuung der Opfer und Bestrafung der Täter. Dabei ist mittlerweile klar, daß die Schäden, die vergewaltigte Frauen und Kinder davontragen, generationsübergreifende Folgeschäden hervorbringen. Es hat erwiesenermaßen keinen Zweck, Täter einzusperren, um sie nach Ablauf einer mehr oder minder großen Zahl von Jahren wieder frei zu

lassen, so daß sie erneut vergewaltigen können. Um die zunehmend krankhafter werdende Sexualmoral unserer Wohlstandsgesellschaft zu verändern, ist es notwendig, radikal gegen das Übel der Demütigung von Frauen vorzugehen. Wir sollten daher die Todesstrafe für Sexualtäter fordern. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Samirah Kenawi

DIE AUTORIN:

Samirah Kenawi, Berlin, Holzgutachterin, Archivarin, GrauZone (Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR), Herausgeberin der Dokumentation "Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre".

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation Heft 68/69 2000, herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen*

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>